Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 109 (2015)
Heft: 9

Artikel: "Wir brauchen gute Debatten und starke Institutionen" : Interview
Autor: Berger, Roman / Hui, Matthias / Weck, Roger de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-632229

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neue Wege-Gespräch von Roman Berger und Matthias Hui mit Roger de Weck

«Wir brauchen gute Debatten und starke Institutionen»

Ein Gespräch mit dem Generaldirektor der SRG über die Revolutionen in den Medien und der Medienpolitik in Zeiten der Globalisierung, über die Integrationskraft schweizerischer Institutionen und über die Demokratie als Mittel gegen die Krise

Es drängt sich auf: Wir beginnen mit dem 14. Juni, der Volksabstimmung zum revidierten Radio- und Fernsehgesetz. War das hauchdünne Ja eine Attacke auf den Service public?

Nach dieser Logik wäre das Ergebnis in der Romandie ein Plebiszit für den Service public gewesen. Nein, es ging um eine Gebührenreform: den Wechsel von einer Gerätegebühr zu einer kostengünstigeren, einfacheren und faireren Haushaltsabgabe. Viele, die Nein gestimmt haben, lehnten dieses Gebührensystem trotzdem ab – sei es, weil sie nur Radio hören und künftig etwas mehr zahlen, oder sei es, weil sie eine allgemeine Abgabe als Steuer sahen und jede neue Steuer ablehnen, sei es, weil sie sich zunächst eine Debatte über den Leistungsauftrag an den Service public wünschten. Andere sagten wegen dieser oder jener Sendung Nein. Ein Spitzenpolitiker wechselte vom Ja- ins Nein-Lager, weil er mit dem neuen Konzept der Arena unzufrieden war. Es wäre eine grobschlächtige Interpretation, die Abstimmung einzig auf ein Ja oder Nein zum Service public zu verkürzen.

Die Abstimmungskampagne wurde sehr aggressiv geführt, auch mit Lügen und Behauptungen, die den Fakten nicht standhalten. Droht die SRG, in der Folge dieses Abstimmungskampfes ihre Unabhängigkeit zu verlieren?

Ich fragte Politikerinnen und Politiker, ob die Wahrheit vor jeder Abstimmung derart strapaziert werde und ob sich immer Aggressivität entlade. Sie antworteten mit ja. Diese Kampagne kam ihnen zwar härter vor als andere, aber alles in allem sind sie daran gewöhnt, dass die Meinungsbildung nicht nur mit der sanften Macht des besseren Arguments erfolgt. Das ist ein Grund, darüber nachzudenken, wie wir heute unsere Demokratie leben und ausgestalten. Daniel Binswanger bringt es in einem seiner glänzenden Kommentare im *Magazin* auf den Punkt: Demokratie

ist nicht bloss Entscheidung, Demokratie ist vor allem Meinungsbildung. Wird diese beschädigt, schädigt das die Demokratie. Die Bundesverfassung garantiert die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen und die Autonomie in der Programmgestaltung. Das ist und bleibt die eherne Regel. Damit ist nicht zu spassen. In einer Demokratie ist es das Recht jedes Einzelnen, sich frei über jede Sendung zu äussern. Aber in dem Moment, in dem die Politik – einzelne Politikerinnen und Politiker – bestimmen möchten, welche Sendung in welcher Machart auszustrahlen sei, würden sie den Boden der Verfassung verlassen. Würde diese Grenze missachtet, ginge ein Grossteil auch der Medien auf die Barrikaden.

Haben Sie keine Angst, dass die SRG nun stärker zum Spielball der Politik wird?

Nein. Wir stehen mitten im Umbruch der Medien. Da ist eine Debatte über die Zukunft des öffentlichen Medienhauses SRG SSR, das den Bürgerinnen und Bürgern gehört, unerlässlich, wichtig, nötig. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Arbeitsteilung zwischen öffentlichem Rundfunk und privater Presse unumstritten war. Es wird in fünf bis zehn Jahren nur schon technologisch keinen Wesensunterschied mehr geben zwischen Rundfunk und Breitband, zwischen Kanälen und Internet. Heute sind dank dem Internet Bild und Ton und Text erstmals auf einer gemeinsamen Plattform. Das erfordert neue Formen, neue Formate. Der Journalismus ist auch in dieser Hinsicht auf der Suche. Eine mediale Revolution folgt auf die andere. Zum Beispiel: Seit Gutenberg galt das Prinzip, das im Radio und im Fernsehen fortgeführt wurde: ein Sender, viele Empfänger; eine schreibt ein Buch, viele lesen es; einer macht eine Sendung, viele hören oder schauen sie. Das war die Zeit der Unilateralität.

Wodurch wurde sie abgelöst?

Heute sind wir im Zeitalter der Interaktivität, die Medienwelt wird dialogisch. Damit gehen gesellschaftliche Umbrüche einher, so wie 1450 die Erfindung des Buchdrucks politische Umwälzungen beschleunigte. Kaum hatte der Reformator Luther seine 95 Thesen an die Pforte der Schlosskirche zu Wittenberg geheftet, waren sie gedruckt in ganz Deutschland zu lesen. Die Aufklärung, das allmähliche Aufkommen von Parteien, die bürgerlichen Revolutionen in Amerika und in Frankreich waren Umbrüche im Zeichen des Buchdrucks. Heute erleben wir, einhergehend mit den sogenannten sozialen Medien, Umbrüche in der arabischen Welt, Unrast in der Türkei, in Brasilien vor der Fussballweltmeisterschaft, in Thailand oder anderswo, und einen Flüchtlingsstrom afrikanischer Bürger nach Europa. Mittlerweile sind die Ausdrucksmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in vielen Ländern grösser als ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Politik. Das birgt eine Spannung. Sie ist in unseren westlichen Gefilden ebenfalls zu spüren. Ich bin sicher, dass sie sich auch in Europa entladen wird. Eine gute Perspektive eröffnet da die direkte Demo-

Roger de Weck
Foto: Kolja Brandt
(zvg SRG SSR)

kratie, denn sie bringt die Ausdrucks- und Einwirkungsmöglichkeiten einigermassen ins Lot – sie ist die Demokratie des Internetzeitalters.

Wie sehen denn die wirtschaftlichen Umwälzungen aus?

Die Globalisierung ist ein weiterer Umbruch. Die Medien waren Jahrhunderte lang national, regional, lokal. Internationale Konkurrenz gab es wenig. Heute ist die Schweiz durch und durch globalisiert, desgleichen ihre Medienlandschaft. Von acht Millionen Menschen haben 3,4 Millionen ein Profil bei Facebook, fünf Millionen sind täglich bei Google. Alle Webseiten aller Schweizer Verleger zusammengenommen haben weniger Nutzerinnen und Nutzer als Facebook. Angesichts der neuen Lage ist es normal, dass eine breite Service-public-Debatte stattfindet. Zweckmässig ist allerdings eine Umbaudebatte anstelle einer grobschlächtigen Abbaudebatte. Über den Medienplatz Schweiz diskutiert man leider in ganz anderen Kategorien als über den Finanzplatz, den Werkplatz oder den Hochschulplatz, die sich alle der Globalisierung stellten. Die Debatte über den Medienplatz tut so, als ob er unter der Käseglocke stünde und es im Wesentlichen um einen Verteilungskampf zwischen privaten Schweizer Medienhäusern und der SRG ginge, ein Nullsummenspiel: Was die SRG gewinnt, verlieren die Privaten und vice versa. Mit der heutigen Realität, der Globalisierung unseres Medienplatzes, hat das rein gar nichts zu tun. Selbst die im Schweizer Massstab grosse SRG ist klein im Verhältnis zu ihren massgeblichen Konkurrenten, die allesamt im Ausland sind. Nur wenn wir zusammenfinden und einander stärken, werden schweizerische Medienhäuser in Zukunft einen relevanten Anteil am Werbemarkt haben. Hier ist ein Paradigmenwechsel angesagt. Leisten wir uns weiterhin Verteilungskämpfe unter petits Suisses um die Brosamen, die uns die Global Players lassen, verdüstern sich die Perspektiven des Medienplatzes.

Sämtliche Grenzen verschieben sich also – die Grenzen zwischen verschiedenen Formen von Medien und die Grenzen im Rahmen der Globalisierung. Wenn wir Sie richtig verstehen, hat nun die SRG die Aufgabe, die Schweizer Medienlandschaft ein Stück weit zu koordinieren...

Absolut nicht, das wäre anmassend! Wir brauchen win-win-Partnerschaften, um einander zu stärken. Einerseits sollten wir gemeinsame digitale Infrastrukturen aufbauen und betreiben. Es ist unsinnig und teuer, wenn jeder für sich allein investiert. Die Ausgaben sind zu gross, und solche Kooperationen sind ja auch wettbewerbsneutral. Anderseits sollten wir gemeinsam Werbung vermarkten, damit wir die kritische Masse haben gegenüber den Global Players. Das haben in der angelsächsischen Welt die Medienhäuser *CNN, Reuters, Financial Times, The Economist* und *The Guardian* getan und sich zur Pangea-Allianz zusammengeschlossen. Selbst diese Häuser mit weltweiter Geltung haben nur dann eine Chance, einen relevanten Anteil am Online-Werbemarkt zu behaupten und damit guten Journalismus zu finanzieren, wenn sie ihre Kräfte bündeln. Zum dritten sollten wir punktuell, ohne dass daraus ein Einheitsbrei wird, Videos und Audios austauschen. Gern bieten wir Häusern, die sich stark auf den Text konzentrieren, Audiovisuelles an; Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Das ist eine bessere Strategie, als sich zu bekriegen. Jede regulatorische oder finanzielle Einschränkung der SRG ist ein Förderprogramm für ihre massgeblichen Konkurrenten im Ausland – die deutschen, französischen und italienischen Fernsehkanäle, deren Marktanteil in der Schweiz sechzig Prozent beträgt, und die Global Players.

Zum Medienplatz Schweiz: Im Bericht «Pressevielfalt sichern» kommt der Bun-

desrat 2011 in Beantwortung eines Postulats von Hans-Jürg Fehr zu folgendem Schluss: «Es besteht Anlass zur Befürchtung, dass das freie Spiel der Marktkräfte allein das erwünschte Resultat einer vielfältigen, qualitativ ausreichenden Medienlandschaft nicht zu gewährleisten vermag.» Wird unterdessen die Information von den Verlegern nicht noch stärker als Ware statt als öffentliches Gut betrachtet und dem Markt überlassen?

Jetzt schon sind audiovisuelle Produktionen von Qualität fürs breite Publikum in der kleinen, viersprachigen Schweiz ein Verlustgeschäft. Man kann mit guter audiovisueller Information hierzulande kein Geld verdienen. Das gilt sogar über unser Land hinaus. Schauen Sie sich auf dem grossen deutschen Markt die privaten Sender SAT 1, Pro 7, RTL an: Da ist wenig bis nichts an Information. Ein Informationsangebot mit einem globalen Auslandkorrespondentennetz, das sich in Zeiten der Globalisierung aufdrängt, ist ein Verlustgeschäft: für die SRG mit zweieinhalb Netzen – nämlich auch in französischer und teils in italienischer Sprache – erst recht. Die grossen US-amerikanischen Kanäle für das breite Publikum, ABC, NBC, CBS, haben ihre Korrespondentennetze gekappt. So konnte George W. Bush mangels aussenpolitisch aufgeklärter Öffentlichkeit ungehindert in den Irakkrieg ziehen.

Aber Fernsehen und Radio bestehen ja nicht nur aus Information.

Ein Verlustgeschäft ist auch die Produktion von Filmen und Serien. Meine Lehrstunde bei der SRG ist es, dass gut erzählte Geschichten, Fiktion, für die Selbstvergewisserung eines Lands so wichtig sind wie Information. Nehmen Sie den Riesenerfolg der Krimiserie «Der Bestatter»: Zum ersten Mal hatte die inzwischen prägende Schweiz, die Schweiz der Agglomerationen, die Agglo-Schweiz, ihre Geschichte, ihren eigenen Spiegel. Das entsprach einem Bedürfnis. Um ein Land zu verstehen, braucht es Informationssendungen, natürlich stehen sie an erster Stelle. Beinahe so wichtig sind gut erzählte Geschichten. Wenn wir uns an das Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts erinnern, denken wir an Proust und nicht an die Zeitungen «Le Moniteur universel» oder «Le Petit Parisien». Die heute tonangebende Fiktion ist die Serie. Begabte Regisseure wie Woody Allen oder Lars von Trier wenden sich ihr zu. Es gibt die Billigserie, wie es den Bahnhofsroman gibt, doch sind die besten Serien Kult und Kultur.

Wieso macht die SRG denn nicht mehr solcher Eigenproduktionen?

Fiktion ist noch kostspieliger als Information. «Der Bestatter» kostet zehntausend Franken pro Minute, die besten US-amerikanischen Serien kosten bis zu hunderttausend Dollar pro Minute. In der Schweiz lassen sich Serien nicht refinanzieren, keine Chance. Zehn Jahre lang hat SRF aus Geldmangel keine Serie produziert, zehn Jahre lang sprang kein Privater in die Marktlücke – weil es diese Lücke nicht gibt. Dasselbe gilt für die Unterhaltung. Vom Sport ganz zu schweigen: In Jahren mit Olympischen Spielen und Fussballwelt oder Europameisterschaften hat es die SRG schwer, schwarze Zahlen zu schreiben. Mit anderen Worten: Mindestens neunzig Prozent unseres Angebots wären für Private ein Verlustgeschäft. Man soll dem Service public Sorge tragen. Was er nicht leistet, werden Private kaum zu leisten vermögen.

Zur Demokratierelevanz der Information: Droht eine Zweiklassengesellschaft? Gibt es bald eine gut informierte Minderheit, die sich Qualitätsjournalismus leisten kann, etwa ein Jahresabo für die NZZ von zukünftig tausend Franken oder mehr, und eine schlecht informierte Mehrheit, die mit Trash und Gratiszeitungen abgespiesen wird?

In diese Richtung, wiewohl gewiss nicht so krass, könnte es gehen. Auch deshalb ist Service public nötiger denn je. Einer unserer Kernaufträge lautet: gute Information für das breite Publikum. Wir erleben in der Tat eine Spaltung der Medienlandschaft. Lassen Sie mich kurz ausholen: Wir Zeitgenossen erleben eine Zäsur, die viel tiefer geht als der einstige Bruch zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Seit der Antike gab es einen kleinteiligen Markt: Agora, Forum, Bazar, Suk, mittelalterlicher Markt, viele kleine Intermediäre, die wenig ökonomischen Mehrwert schufen, aber gesellschaftlich umso wichtiger waren. Wer heute als Intermediär zu wenig Mehrwert schafft, wird gnadenlos weggeputzt zugunsten einer Handvoll globaler, kostengünstiger und hocheffizienter digitaler Intermediäre: Transaktionsplattformen wie *Facebook, Google, Amazon, iTunes, Alibaba*. Wir Medien – das Wort ist ja in Intermediär drin – sind nichts anderes als Informationsvermittler. In unserer Branche finden sich Intermediäre, die in der Lage sind, grossen journalistischen Mehrwert zu schaffen für ein kleines Publikum von Entscheidungsträgern, das Entscheidungen von Tragweite trifft und deshalb gut informiert sein will; es sind kaufkräftige Menschen, die für Information viel zahlen können. Für die anderen sinkt tendenziell die Qualität der herkömmlichen Medien, weil sich sowohl die Breite als auch die Tiefe der Berichterstattung verringert bis hin zu Gratisangeboten, die auf kostengünstige Weise hergestellt werden müssen. Namentlich an diese Menschen wendet sich der Service public. Er trägt – mit anderen Anbietern, denn auch private Medien leisten auf ihre Art einen Service public, solange sie einem Journalismus in der Tradition der Aufklärung treu bleiben – zur Qualität des «Schweizerspiegels» und zur Information der Bürgerinnen und Bürger bei. Das ist unsere erste Raison d'être.

Geht es also einfach um einen Service für jene, die Gefahr laufen, abgehängt zu werden?

Nein, es geht keineswegs um einen Service public für Benachteiligte, sondern um einen Service public für alle – um den Auftrag, Gesamtöffentlichkeit zu schaffen. Wir beobachten, wie sich mit der Digitalisierung die Öffentlichkeit fragmentiert in eine Unzahl selbstbezogener Teilöffentlichkeiten. Im Rahmen des Möglichen geht es also auch um eine gesamtschweizerische Öffentlichkeit. Das ist anspruchsvoll in unserem Land der vier Kulturen, aber es ist unsere Aufgabe, dazu beizutragen. Und: Der Service public trägt zur Medienvielfalt bei. In der französischen Schweiz, im Raum Bern, in der Ostschweiz, in Graubünden gäbe es ohne die SRG bloss noch einen tonangebenden Verleger. Die angebliche Monopolistin SRG ist Monopolbrecherin. Abgesehen davon, dass ich als Ökonom keinen Monopolisten mit nur 30 Prozent Marktanteil kenne – das als schelmische Fussnote.

Der Service public steckt in einer Falle: Die Entscheidungsträger sind kaufkräftig und deshalb nicht unbedingt auf ihn angewiesen. Viele jener Leute, die auf ihn angewiesen wären, beteiligen sich wenig an demokratischen Prozessen oder können sich nicht beteiligten – das betrifft die Ausländerinnen und Ausländer. Sie haben wenig zu sagen und kommen schlecht zu Wort, auch in den Medien. Etwa, weil sie nicht wichtig sind bei Entscheiden über den Service public? Wie kann die SRG diesem Teufelskreis entrinnen?

Sie sprechen die kommende Jahrhundertaufgabe an: die Integration der Ausländerinnen und Ausländer ins politische System. Die Schweizer Geschichte seit 1848 ist – schematisierend betrachtet – eine Geschichte der Integrationen. Erst wurden die im Sonderbundkrieg, dem letzten Bürgerkrieg, besiegten Katholisch-Konservativen mit dem politi-

schen System versöhnt: dank der Einführung des Referendums 1874 und der Volksinitiative 1891 – *checks and balances* für die Verlierer. Später wurde die Linke ins politische System einbezogen, 1919 mit der Einführung des Verhältniswahlrechts bei der Wahl zum Nationalrat, was auf einen Schlag ihre Sitzzahl verdoppelte, und nach dem Zweiten Weltkrieg mit der AHV. Dann, viel zu spät, folgte 1971 die Integration der grösseren Volkshälfte, der Bürgerinnen, ins politische System. Und jetzt, in einem Land mit 25 Prozent ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, ist ihre Integration die elementare, wenn auch verdammt schwierige Zukunftsaufgabe.

Was braucht es dazu?

Soll es gelingen, geht das nur über starke eidgenössische Institutionen. Das ist der Schlüssel. So wie in der europäischen Einigung die Institutionen der Schlüssel sind. Letztlich läuft unentwegt ein Prozess der schweizerischen Einigung. Es sind jetzt «Neue» da – so neu sind sie auch nicht, sondern oft in der dritten, vierten Generation hier. Sie ins politische System aufzunehmen, ist elementar. Alles andere würde die Schweiz schwächen.

Was steht mit den Institutionen auf dem Spiel?

Wir beobachten zwei Tendenzen in der Politik: diejenigen, die an starken eidgenössischen Institutionen interessiert bleiben, und diejenigen, die diese Institutionen zusehends schwächen – zugunsten personaler Macht. Wir beobachten, wie der Bundesrat schlechtgemacht wird, das sind «sieben Zwerge». Das Parlament, hören wir, sei «Zeitverlust». Der Ständerat – in meiner Wahrnehmung eine der besten Kammern in Europa – wird eine «Dunkelkammer» gescholten. Die Justiz, das sind die «fremden Richter», aber auch die einheimischen sollen bitte stillhalten. Es gibt Angriffe auf das Bundesgericht in Lausanne, wie die Schweiz sie seit 1848 nicht erlebt hat. Und die Hochschulen als weitere tragende Institution geraten ins Visier: viel zu viele Geisteswissenschaftler, Intellektuelle und deutsche Professoren. Die Nationalbank sollte mit der Goldinitiative entmachtet werden. Und zum ersten Mal soll mit der SRG per Volksinitiative eine der kleinen Institutionen, die als Unternehmen organisiert sind, abgeschafft werden; die No-Billag-Initiative will jegliche öffentliche Finanzierung von Radio und Fernsehen verbieten. Die Debatte über die Institutionen und ihre Modernisierung ist in den kommenden Jahrzehnten die politische Auseinandersetzung in der Eidgenossenschaft. Dass die Arbeit der eidgenössischen Institutionen kritisiert wird, ist elementare Bürger- und Journalistenpflicht. Auch unsere journalistische Arbeit weist Stärken und Schwächen auf, weiss Gott! Dass aber diese Institutionen an sich schlecht gemacht werden, ist eine neue Dimension.

Wir kehren zurück an den Anfang des Gesprächs. Der Meinungsbildungsprozess ist ihrer Meinung nach in Gefahr. Sie haben die Lage der Schweiz und ihrer Institutionen nüchtern und kritisch analysiert. Was ist die zentrale Herausforderung dieses Landes vor den Wahlen?

Verzeihen Sie die banale Antwort: lieber gute Debatten als schlechte. Die Aufgabe der Journalistinnen und Journalisten liegt darin, sie zu ermöglichen, sie zu stimulieren. Ein Beispiel: Im neuen Konzept der *Arena* können zwei Fachleute den Diskurs, sobald er sich von den Fakten entfernt, auf den Boden der Tatsachen zurückführen. Ein Teil der politischen Debatte hat sich von der Realität «emanzipiert». Ich erlebte das als Referent vor der Jahresversammlung von Tito Tettamantis *Medienvielfalt Holding*, die eine Zeit lang Besitzerin, aber nicht Eigentümerin der «Basler Zeitung» gewesen war. Ich überlegte, wie ich das Service-public-kritische, rechtsbürger-

liche Publikum erreichen könnte. Ich beschloss, in meinem Referat ganz bodenständig auf betriebswirtschaftliche Gegebenheiten der Radio- und Fernsehbranche hinzuweisen. Es ist ja die Stärke der lösungsorientierten Schweiz, dass sie bei der Neudefinition von Politiken von der Realität ausgeht und in Einklang mit dieser Realität Weltanschauliches einbringt. Ich wies beispielsweise darauf hin, dass man im Zeitalter von Big Data Produktion und Distribution von Inhalten je länger, desto weniger trennen kann. Oder ich legte dar, wir seien eine Branche mit hohen Fixkosten, wie bei den Opernhäusern: Bis man professionelle Oper machen kann, ist der Grundaufwand so hoch, dass in jedem Opernhaus der Welt an sich zu wenig für das Künstlerische bleibt. Die Reaktion auf meinen Vortrag war, solche Hinweise auf Realitäten seien eine Missachtung der Politik. Manche möchten am liebsten an den Realitäten vorbeidebattieren. Wenn denn jemand den Fakten verpflichtet ist, ist es die Journalistin, der Journalist. Nichts ist im zusehends ideologischen Umfeld subversiver als Fakten. Ideologen empfinden die Arroganz der Fakten.

Sie sehen die schweizerische Demokratie in Gefahr ...

Sie hat Selbstheilungskräfte. Ich meinte zu Beginn: Die direkte Demokratie ist die Demokratie des Internetzeitalters. Aber dass sie einige Fehlentwicklungen aufweist, an denen zu arbeiten sein wird, ist klar.

Die freisinnigen Gründerväter des Bundesstaats und ihre Nachfolger haben unsere Institutionen schrittweise, behutsam und zielstrebig zu modernisieren gewusst, wir kamen zuvor darauf zu sprechen. Jetzt endet eine Periode von dreissig neoliberalen Jahren, in denen man sich auf Wirtschafts- und Sozialreformen konzentrierte. Ich glaube, die Hauptaufgabe – auch im Hinblick auf die Integration der Ausländerinnen und Ausländer – der kommenden zwei, drei Jahrzehnte ist die behutsame und zielstrebige Modernisierung unserer eidgenössischen Institutionen. Zum Beispiel brauchen wir eine Lösung für Volksinitiativen, die den in der Bundesverfassung verankerten Grundwerten widersprechen und deshalb nicht wirklich umsetzbar sind. Die Modernisierung der Institutionen – natürlich auch im Kontext der Globalisierung und europäischen Einigung – ist für mich die Aufgabe, eine langwierige. Das zu bewältigen, ist die Schweiz imstande.

Hatten sie ein Schlüsselerlebnis, das sie sensibilisiert hat für die gegenwärtigen Probleme der Demokratie?

Es war ein Artikel von Peter Haffner im Jahr 2003, zu Zeiten des US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush, im *Magazin*. Der einstige Mitautor des Buchs «Die unheimlichen Patrioten» wurde mir unheimlich. Unter Berufung auf einen Harvard-Professor rechtfertigte er die Möglichkeit der Folter. Das tat er unter anderem anhand des Expertenhinweises, vielleicht lasse sich ein Entführter eher befreien, wenn dem Entführer «etwa eine sterilisierte Nadel unter die Fingernägel getrieben» oder ein Zahn «ohne Nervbetäubung aufgebohrt wird»: der von Theoretikern immer wieder angeführte, aber von praxisbezogenen Kriminalisten als irrelevant bezeichnete Fall. In mir brach eine Denkwelt zusammen. Ich hatte naiv gedacht, in westlichen Gefilden sei man inzwischen auf einem Stand der Zivilisation, auf dem die Menschenrechte nicht länger infrage gestellt würden. Dass es in der praktischen Anwendung immer Konflikte gibt, ist klar. Nun aber entdeckte ich, dass selbst so etwas Elementares wie die Menschenrechte und die Menschenwürde von Generation zu Generation neu begründet werden muss. Meine erste Reaktion war: Nein, ich weigere mich, die Menschenrechte zu begründen, weil das fast schon eine Relativierung wäre.

Ich habe seither gelernt, dass nichts gegeben ist, rein gar nichts. Nach siebzig Jahren Frieden beginnen die Lehren aus dem ganz grossen Weltkrieg, der von 1914 bis 1945 währte, in Vergessenheit zu geraten. Diejenigen, die man in meiner Muttersprache «les jusqu'au-boutistes» nennt, jene, die nicht den Ausgleich suchen, sondern abrechnen wollen, geben lautstärker den Ton an. In unterschiedlichster Weise und Gefährlichkeit erstrecken sich neue Radikalitäten über die halbe Welt – von der Tea Party in den USA bis zum IS im Nahen Osten. Es gibt immer mehr Leute, die es «wissen». Und die «es wissen wollen». Die ein für allemal abrechnen möchten.

Was setzen Sie ihnen entgegen?

Den Gedanken des Gleichgewichts. Es gibt keine Stabilität ohne die stete Suche nach Gleichgewicht. Die «jusqu'au-boutistes» aber leben von der Krise, dem Gegenstück zum Gleichgewicht. Den Gleichgewichtsgedanken neu zu entdecken, ist eine schöne schweizerische Aufgabe, da wir das Land sind, das seit je nach Interessenausgleich, nach *checks and balances*, nach Balance gesucht hat. Ich sage Gleichgewicht, nicht Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist eine moralische Kategorie, Gleichgewicht eine fast physikalische, ingenieurhafte. Verzeihen Sie die Binsenwahrheit: Wer sich nicht um Gleichgewicht bemüht, verursacht Ungleichgewicht, also Krisen. Da in der Wirtschaft «the winner takes it all» angesagt war und teils immer noch ist, haben wir die Finanz- und Vertrauenskrise. Da in der Politik die Stimmenmaximierung um jeden Preis zusehends angesagt ist, haben wir die politische Vertrauenskrise.

Hängen die letzten beiden Elemente nicht zusammen? Dass auch in unserem Land das wirtschaftliche Gleichgewicht aus dem Ruder gelaufen ist, ermöglicht gewissen Kräften, das Vakuum zu füllen und die Krise in ihrem Sinn zu befördern.

Wir hatten eine starke Ausrichtung auf Konsens, bis hin zur Zauberformel. Das hängt damit zusammen, dass die Schweizer im Zweiten Weltkrieg zusammenrückten, damals wurde ja auch der erste sozialdemokratische Bundesrat gewählt; dass auf den Zweiten Weltkrieg der Kalte Krieg folgte, an dessen vorderster Front sich die Schweiz wähnte, auch diese Zeit schuf Kohäsion durch Aussendruck; und dass von den 1950er bis zu den 1980er Jahren die Wirtschaft und ihr Wachstum dermassen emporschossen, was alle Verteilungskämpfe dämpfte. Heute ist der Aussendruck weggefallen, obschon es nicht alle wahrhaben wollen; wir sind umzingelt von Partnern und nicht länger von Feinden. Das Wirtschaftswachstum lässt nach. Es ist eine Zeit, in der Verteilungskämpfe und andere Konflikte einen fruchtbareren Boden finden. Das wird verstärkt durch die Vorstellung einiger, man müsse die eigene Politik rabiat durchziehen, statt eine Politik zu gestalten, die möglichst alle mitnimmt. Wie lang die gegenwärtige historische Phase unseres Landes währen wird, weiss ich nicht. Mit meinen bald 62 Jahren freue ich mich, wenn ich die nächste Zeitenwende erlebe.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Roger de Weck, 1953, ist Ökonom und Journalist. Er war unter anderem Chefredaktor des Tages-Anzeiger *in Zürich und der* Zeit *in Hamburg. Seit 2010 ist er Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR in Bern.*

www.srg.ch